

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1909**

212 (18.9.1909) 2. Blatt

# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 80 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p><b>Fernsprecher</b> Nr. 535.</p>	<p><b>Beilagen:</b> Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „<b>Sterne und Blumen</b>“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „<b>Blätter für den Familiensitz</b>“.</p>	<p><b>Fernsprecher</b> Nr. 535.</p>	<p><b>Anzeigen:</b> Die sechsspaltige Beilage oder deren Raum 85 Pfg., Resten 80 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei späterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Reaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>	
<p>Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>		<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton i. V. Franz Wagh; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wagh; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>		<p>Verantwortlich: Für Anzeigen und Resten: Hermann Wähler in Karlsruhe.</p>	

### Sozialdemokratischer Parteitag.

CPC. Leipzig, 16. Sept.

Die Anti-Liberalismus-Resolution (die Zustimmung mit dieser Sorte Liberalismus zusammenarbeiten, wird als ein „blutiger Hohn“ auf die Partei zurückgewiesen), die gestern mit knapper Mehrheit angenommen worden war, beschloß heute den Parteitag noch einmal. Von rechtsintelligenter Seite war der Antrag eingegangen, die Abstimmung zu wiederholen, da gegen zahlreiche Delegierte aus Versehen — weil sie bei der herrschenden Unruhe der Abstimmung nicht genau folgen konnten — für die Resolution gestimmt hatten. Der Parteitag gibt ihrem Verlangen statt und die Abstimmung ergibt nunmehr die Ablehnung der Resolution.

Hierauf wird die Generaldiskussion über das Organisationsstatut fortgesetzt. Nachdem noch ein halbes Dutzend Redner gesprochen, wird ihr durch einen Schlussantrag ein Ende gemacht. Ein Antrag, den Entwurf an eine Kommission von 15 Mitgliedern zu verweisen, findet keine Mehrheit, und der Organisationsentwurf wird unter Ablehnung sämtlicher Änderungsanträge en bloc angenommen, ebenso die Resolution, die die Einführung eines Wochenbeitrags von 10 Pfg. in Aussicht nimmt.

Es folgt der Punkt „Maifeier“. Referent ist Parteisekretär Müller-Berlin: „Zwanzig Jahre besteht nunmehr die Maifeier. Wenn in diesen 20 Jahren die Maifeier nicht totgeredet und totgeschrieben worden ist, so beweist das, daß dem Maifeier-Gedanken ein großer Kern zu Grunde liegt. Das Schicksal der Partei (Wahl bei den Reichstagen) wird im nächsten Jahre großartig, und es wird die höchste Zeit, daß der Vater nun endlich für eine vernünftige Ausstattung sorgt, das heißt die Unterhaltungsfrage vernünftig zu regeln.“ Redner empfiehlt dann die in Nürnberg abgehaltenen und im Wesentlichen unverändert wieder aufgenommenen Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission der Gewerkschaften. Danach soll an allen Orten zur Vorbereitung und Durchführung der Maifeier eine zu gleichen Teilen aus Vertretern des Parteivorstandes und der Parteioffizianten bestehende Kommission eingesetzt werden. Die Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden. Bei Ausperrungen infolge der Maifeier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden. Der für die Unterstützung nötigen Mittel sollen von den Gewerkschaften und von der Parteioffizianten in dem Betrag, in dem die Ausperrung erfolgt, durch freiwillige Beiträge und Sammlungen aufgebracht werden. Reichen die Mittel dieser Fonds nicht aus, so sollen die Unkosten aus der Kasse der Parteioffizianten und der Gewerkschaften, denen die Ausgeherten angehören, gedeckt werden, doch soll den Ausgeherten ein Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralfonds nicht zustehen. Wie alljährlich, so liegen auch diesmal eine Anzahl Anträge zur Maifeierfrage vor, die in ihren Tendenzen zum Teil diametral auseinandergehen. Die einen verlangen eine noch zielbewusstere Betonung des Maifeiergedankens; die andern möchten lieber schon heute als morgen mit dem ganzen Maifeier-Nummel endgültig Schluss machen. So beantragen Genossen aus Miesfeld-Wiedenbrunn kurz und knapp: „Die Arbeitsruhe zur Feier des 1. Mai fallen zu lassen.“ Die Debatte setzt überaus matt und lau ein: beide Teile scheinen sich bereits mit dem Gedanken abgefunden zu haben, daß den Vereinbarungen zwischen Partei und Generalkommission diesmal — im radikalen Leipzig! — eine Mehrheit sicher ist, und so bleibt es dabei, daß sie mit den längst bekannten und abgebrannten Argumenten die beiderseitigen Prinzipien „Standpunkte“ unterstreichen. Nicht einmal der Genosse Jubeil bringt es fertig, mit seinem drohenden Pathos den Parteitag aus seiner lethargie aufzuwecken und selbst sein gegen eine Feier am Vorabend des 1. Mai gerichteten Auspruch: „Wir können die Straßen nicht am Abend erobern, und wir müssen am Tage auf die Straße gehen“ — erneut nur ein schüchternes Bravo bei seinen radikalen Freunden. Wie wenig auch er im übrigen darüber im Zweifel ist, daß er für eine verlorene Sache kämpft, beweist er dadurch, daß er seinen Antrag zurückzieht, wonach diejenigen Genossen, die den 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe feiern, gehalten sein sollen, den an diesem Tage verdienten Lohn an den Bezirks- oder Zentralmaifeierfonds abzuführen.

Rausche Stille tritt ein, als Bömelburg, der König der Gewerkschaften, das Wort ergreift. „Die Unterhaltungsfrage“, so führte er aus, kann von der Maifeierfrage nicht getrennt werden. Wenn wir von den Arbeitern verlangen, daß sie am 1. Mai feiern, müssen wir ihnen für den Fall der Ausperrung eine Unterstützung zusichern. Der Einzige kann dieses schwere Opfer nicht bringen und ich sage: ein Familienvater, der ohne einen solchen Nachschuß sich der Gefahr der Ausperrung aussetzt, würde einfach seiner Familie gegenüber gewissenlos handeln. (Sehr richtig!) Ich bin überzeugt, mancher von denen, die zugunsten einer radikalen Arbeitsruhe den Mund oder die Feder spizen (Geierzeit), würde zurückzucken, wenn er selbst ein solches Opfer bringen müßte. Muß aber einmal in Gefolge der Maifeier unterzogen werden, so muß die Sache von den beiden

beteiligten Inzangen: Partei und Gewerkschaft, gemacht werden; es geht nicht an, daß die Partei beschließt und die Gewerkschaft bezahlt. (Sehr gut!) Und ein gemeinschaftliches Vorgehen ist um so eher möglich, als das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften in den letzten Jahren ein freundlicheres geworden ist. Was fehlt weiter gar nichts, als daß wir über die Maifeier überhaupt nicht mehr reden. (Beifall und Geisterzeit.) Wir haben in Deutschland die Maifeier totgeredet. Deshalb wünsche ich, daß wir sowohl auf dem Internationalen Kongress wie auch auf unseren Parteitagen künftig so wenig wie möglich über die Maifeier reden; die Hauptsache ist, daß ein fester Wille dahinter steht. (Beifall und Geisterzeit.)

Ein Schlussantrag wird mit ganz knapper Mehrheit abgelehnt.

Nachdem noch ein Genosse unter allgemeiner Aufmerksamkeit gesprochen, tritt die Mittagspause ein.

**Nachmittags-Sitzung.**

In der Nachmittags-Sitzung wird die Maifeierdebatte fortgesetzt.

Peus (Dessau): Der Vorstandsantrag wird nur zu einer weiteren Verumpfung der Angelegenheit führen. An dem einen Orte wird man's so machen, am anderen anders und dadurch wird die ganze Kraft der Idee gebrochen. Von der Einrichtung der Bezirksstellen ver spreche ich mir gar nichts. Die Hoffnung, daß sie im Handumdrehen die nötigen Gelder aufbringen werden, ist eine krüppelische. Die Anregung, daß die, die nicht feiern, ihren an dem Tage verdienten Lohn an diese Klassen abzuführen sollen, ist ja an sich ganz logisch; aber mit der praktischen Durchführung wird's sehr hapern. In Leipzig hat man ja schon einen solchen Versuch im kleinen gemacht, ganze 6 Mk. 50 Pfg. sind eingekommen. (Geisterzeit.) Im übrigen bedeutet der Vorschlag genau genommen nichts weiter als die Umwandlung der Maifeier in eine Maifeier. (Sehr richtig!) Ich bekläre, daß wir hier nicht den Mut finden, ehrlich zu erklären: daß wir im Zusammenhang mit der Maifeier die Arbeitsruhe erzwingen wollten, war ein Irrtum. Was wir erreichen wollen, würden wir durch eine entsprechende Demonstration am 1. Mai ohne Arbeitsruhe ebenso gut erreichen, und wenn schon einmal ein Fest mit der Demonstration verbunden sein soll, so könnte das ebenso gut am ersten Sonntag im Mai gefeiert werden. Also ich bitte Sie: haben Sie den Mut und nehmen Sie einen Schritt zurück, der sich als nicht durchführbar erweisen hat. (Beifall bei den Sozialisten.)

Löhe (Breslau): Ich bin auch der Meinung, es hat keinen Zweck, die Arbeitsruhe am 1. Mai erzwingen zu wollen. Eine Demonstration am Sonntag, die eine Massenbeteiligung erreichen würde, würde ganz anders wirken. Die jetzigen Kapitalgeier um Erzeugung der Arbeitsruhe sind der Wucht dieser Demonstration nicht dienlich.

Kautsky: Ich habe so glänzende Beispiele der Opferwilligkeit der Arbeiter erlebt, daß dagegen das Beispiel des Genossen Peus aus Leipzig entdeckt hat, völlig verfehlt. Am 1. Mai geht der Proletarier nicht sich selbst, sondern dem Proletariat, und das hat er in der demokratischen Weise zu bekunden — wenn nicht durch Arbeitsruhe, dann in anderer Weise. Das bedeutet keinen Verlust von der Arbeitsruhe und auch keine Umprägung der Maifeier in eine Maifeier. Ausschlaggebend aber vor jeder Halbheit zu warnen, ist für mich das ideale Moment. Die deutsche Sozialdemokratie ist bisher die Wortführerin für den Gedanken der Maifeier gewesen. Die Augen des Proletariats der ganzen Welt sind in diesem Augenblick auf uns gerichtet. Würde die deutsche Sozialdemokratie sich in dieser Frage schwach und kleinmütig erweisen, so würde das eine schlimme Niederwirkung ausüben auf die proletarische Bewegung der ganzen Welt. (Beifall und Geisterzeit.)

Hierauf wird ein Schlussantrag angenommen. Der Antrag des Parteivorstandes (Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission) wird mit großer Mehrheit angenommen. Damit sind alle anderen Anträge erledigt. Hierauf erhält Fischer-Berlin das Wort zur Verlesung einer Erklärung, in der er gegen die „unqualifizierbaren Angriffe“ protestiert, die der „Vorwärts“ aus Anlaß seiner (Redners) geführten „rein sachlichen“ Kritik an der Haltung des Zentralorgans gegen ihn (Redner) geschleudert habe. (Es handelt sich dabei um den Vorwurf, daß der „Vorwärts“ in der Frage der Gebührenssteuer plötzlich umgefallen sei, nachdem einige „Güterdeiche des Parteivorstandes“ das Kapital gerettet hätten.)

Als nächster Punkt folgt das Referat über die Reichsversicherungsordnung. Für die Krankenversicherung ist Referent Bauer-Berlin; für die Unfallversicherung Hob. Schmidt-Berlin; für die Witwen- und Waisensicherung Frau Luise Ziegler-Berlin. Die Referenten haben sich auf eine lange Resolution geeinigt, die ein ausführliches Programm enthält. Weber das Referat des Genossen Bauer kam es am Donnerstag nicht hinaus.

CPC. Leipzig, 17. September.

Der Parteitag ist sachlich geworden und damit langweilig. Langweilig schon deshalb, weil die heutigen Verhandlungen nach Lage der Sache etwas Neues nicht mehr bieten können. Welche Wünsche

und Klagen und Forderungen die Sozialdemokratie auf den verschiedenen Gebieten der Arbeiterversicherung hat, weiß alle Welt; man hat es seit Jahren bei den großen sozialpolitischen Debatten im Reichstag hören können und bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Reichsversicherungsordnung wird man's abermals zu hören bekommen. Kein Wunder, daß die Referenten einen schweren Stand haben. Gleich zu Beginn der Sitzung spricht der Vorsitzende Lipinski sein Bedauern aus, daß bei dem gestrigen ersten Referat (über die Krankenversicherung) nicht immer die wünschenswerten Akzente geherstet habe — namentlich in einigen Ecken des Saals seien ziemlich laute Privatunterhaltungen geführt worden: „Im Namen derjenigen Delegierten, die an diesem Thema interessiert sind — er verbessert sich rasch: ich nehme an, daß das für alle Delegierte gilt.“ Bitte ich um mögliche Ruhe und Aufmerksamkeit.“ Aber dauerhaften Erfolg hat der Appell nicht, und Lipinski sieht sich daher genötigt, ihn während der Sitzung wiederholt zu erneuern. Heute sprechen Robert Schmidt-Berlin über die Unfallversicherung und Frau Ziegler-Berlin über die Witwen- und Sinterliebenden-Versicherung. Für beide ist selbstverständlich — so sagen sie's beide ungefähr mit denselben Worten — die ganze Reichsversicherungsordnung ein „reaktionäres, arbeitereindliches, knideriges und bureaukratisches Machwerk.“ Ihre positiven, möglichst radikalen Forderungen an die verschiedenen Versicherungen haben sie in einer langen Resolution niedergelegt. Die Diskussion ist erfreulicherweise kürzer als die Referate — beide Referenten haben zwei Stunden gesprochen — und die Resolution. Als ein Diskussionsredner mit der Versicherung beginnt, er werde bestrebt sein, durch mögliche Kürze sich den Beifall des Parteitags „anzueignen“ — da wird ihm schon drümenumrand lebhafter Beifall ertönt. Ein anderer Genosse empfiehlt die sämtlichen zur Resolution vorliegenden Änderungsanträge kurzerhand der Reichstagsfraktion zu überweisen. So geschieht es denn auch — wenigstens mit der Mehrzahl dieser Anträge — nachdem die drei Referenten auf das Schlusswort verzichtet haben. Die Resolution der drei Referenten wird einstimmig angenommen. (Beifall.) Heute nachmittag findet keine Sitzung statt; dafür ist eine Besichtigung des Betriebs des sozialdemokratischen Konsumvereins Blauitz geplant.

### Deutschland.

Berlin, 18. Sept. 1909.

Die Tatsachen reden anders! Eine glänzende Überlegung des von liberaler und sozialdemokratischer Seite erhobenen Vorwurfs, die neuen Steuern würden Handel, Industrie und Verkehr so schwer belasten oder sogar vernichten, bieten gegenwärtig die deutschen Börsen. In der Frankfurter und Berliner Börse ist seit vielen Wochen eine klimatische Hausse-Bewegung, wie schon seit Jahren nicht mehr. Die Kurse fast aller Aktien sind seit Anfang August bedeutend gestiegen, einzelne 20,30 bis 50 Proz. ihres Nominalwertes. An manchen Tagen ging es sprunghaft in die Höhe, ein richtiger Spekulationssturm hat das deutsche Kapitalisten-Publikum erfasst. Spiegel auch die Pantoffeln sind fast durchwegs gestiegen. Und das alles trotz der neuen Steuern. Man beginnt einzusehen, daß die Steuern zu ertragen sind. Viel mehr könnte man sich über den neuen amerikanischen Zolltarif enttäuschen, der für Deutschland sehr schädlich ist. Es war eben wieder einmal viel Geheiß und wenig Wolle.

Das Land und die Wehrkraft. Aufgrund der neuesten amtlichen Zahlen können wir darlegen, wie bedeutsam und wertvoll das platte Land für unsere Wehrkraft ist und wie wenig verhältnismäßig die Großstädte zur Wehrkraft beitragen. Setzt man das „Soll“ der Wehrpflichtigen mit 100 an, so liefert Lübeck statt 100 wehrpflichtigen Rekruten 71, Bremen 65, Hamburg 42, ja Berlin nur 39; dagegen Westfalen 104, Brandenburg 103, Schlesien 107, Polen 123, Westpreußen 129, Pommern 133, Sachsen 134, Ostpreußen 140. Die sämtlichen 41 Großstädte des Deutschen Reiches zusammengenommen, die beinahe 1/3 der Gesamtbevölkerung des Reiches ausmachen, stellen noch nicht einmal den 17. Teil der Wehrkraft.

Zum deutsch-amerikanischen Handelsabkommen. Deutschland führt gegenwärtig für mehr als 500 Millionen Mark Rohbaumwolle und Baumwollgarne jährlich ein und exportiert an Baumwollwaren etwa 400 Millionen Mark. Kein anderes von Deutschland eingeführtes Produkt erreicht diesen Betrag auch nur annähernd. Für den Bezug von Rohbaumwolle sind wir hauptsächlich auf Nordamerika und in zweiter Linie auf Ostindien angewiesen, denn das erstere Land erzeugt durchschnittlich 62 Proz., das letztere 22 Proz. der Weltmenge. Da das ostindische Produkt minderwertig ist, so besetzt die Union auch schon aus diesem Grunde ausschlaggebende Bedeutung. Um die gewaltige Entwicklung der deutschen Baumwollindustrie gerade in den letzten 10 Jahren zu beleuchten, genügt der Hin-

weis, daß unser Rohbaumwollbedarf von 235.999 Tonnen im Jahre 1890 auf 279.000 Tonnen in 1900 und auf rund 400.000 Tonnen im Jahre 1908 gestiegen ist. Im Jahre 1870 betrug unser Konsum nur 84.000 Tonnen. England, dessen Baumwollindustrie die unferne bedeutend übertrifft, zeigt die ähnliche Erscheinung. Werfen wir einen flüchtigen Blick auf das andere wichtige Produkt, das Kupfer, als dessen Lieferant die Union für uns weit in vorderer Reihe in Betracht kommt, so ergibt sich, daß wir nach einer uns vorliegenden offiziellen amerikanischen Statistik in dem mit dem 30. Juni abschließenden Fiskaljahr aus den Vereinigten Staaten 138,28 Millionen Pfund Kupfer eingeführt im Wert von 18,18 Millionen Dollar, also von rund 77 Millionen Mark. England führte dagegen im gleichen Zeitraum nur für 13 Millionen Dollar ein. Es ist zu berücksichtigen, daß infolge der exzptionell niedrigen Kupferpreise der ganzen letzten Periode die Wertsumme der letztjährigen Einfuhr erheblich herabgedrückt wurde, während wir in Zeiten hoher Kupferpreise der Union in weit stärkerem Maße tributär sind. Während Deutschland sich Getreide, Petroleum und einige andere wichtigere Einfuhrmittel zwar auch aus anderen Ländern zu verschaffen vermag, ist es aber für Baumwolle und Kupfer auf die Vereinigten Staaten angewiesen. Besonders wichtig für die importierten Länder Europas ist, daß die amerikanischen Spezialisten bei der Preisbildung der beiden Produkte nahezu willkürlich zu verfahren vermögen. Bei der Preisbestimmung der Baumwolle gelang es den Farmern des Südens nicht selten, exorbitante Bedingungen durchzusetzen. Was dies für unsere Baumwollindustrie und noch weit mehr noch für die Englands bedeutet, haben die Interessenten oft genug zu ihrem schweren Schaden erfahren. Die Hoffnung, die wir auf unsere afrikanischen Kolonien als Baumwoll-erzeugenden und Kupfer bergenden Bezirk setzen, bildet einen Faktor, mit dem in einer nahen Zeit schwerlich zu rechnen ist. Mit Baumwollpflanzungen in Deutsch-Ostafrika und Togo wurde bekanntlich begonnen und es sind für den Anfang hoffnungsvolle, wenn auch bescheidene Resultate erzielt. Ob die vom Staatssekretär Dernburg ausgesprochenen Erwartungen, daß Deutschland in kurzer Zeit einen großen Teil seines Baumwollbedarfs aus den deutschen Kolonien werden decken können, sich erfüllen, muß abgewartet werden. Trübe sie zu, so wäre dieses Ziel aus'mittigste zu begründen, ebenso wie die Unmöglichkeit beträchtlichen Kupfervorkommens, auf das ja beiläufige die Minen der Ostafrikalandschaft begründete Hoffnung geben.

### Kleine badische Chronik.

Mannheim, 17. Sept. Der Stadtrat hat beschlossen, die hervorragende Hauptstraße in dem östlich der Otto-Bach-Straße neu zu erstellenden Baugelände Juppelin-Straße zu nennen.

Waldshut, 17. Sept. Gestern morgen rannte ein Automobil infolge Verlangens der Bremse auf der Schöffener Steige an eine Telegraphenstation, die wie ein Hundstolz gestürzt wurde. Das Auto und der anhängende Wagen kürzten um. Zwei Personen konnten sich durch rechtzeitige Abhpringen retten, während der Chauffeur, ein Pferdewirt, auf die Straße geschleudert wurde und einen Schädelbruch erlitt. Der Schwerverletzte dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Bretten, 17. Sept. Bei der Aufnahmeprüfung in die hiesige Realschule wurden 46 Schüler neu aufgenommen. Die Gesamtschülerzahl beträgt jetzt 160.

Freiburg, 17. Sept. Der in den Ruhestand tretende Oberlandesgerichtspräsident Freiherr von Neubronn wird in Freiburg dauernden Wohnsitz nehmen.

Donauwörth, 17. Sept. Zu dem Brande in Sumpfhofen wird weiter gemeldet, daß insgesamt 7200 Garben und 2000 Jentner Heu und Stroh vernichtet wurden. Die Wägelche Scheune ist mit 20.000 Mk. versichert.

Wittlingen, 17. Sept. Der Sekretär der Schwärzwälder Handelskammer, Herr Dr. Brauer, hat in diesem Jahre einen längeren Urlaub zum Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse in Amerika erhalten.

Wittlingen, 17. Sept. Der Bezirksrat hat gestern die gegen die Bürgerauschüsse erhobenen Beschwerden als unerbäulich verworfen. Die Einsprüche der Großschöckelbrüder hatte sich auf Versehen getätigt, die sie selber in ihrem Lager begangen hatten. Nun sind sie durch die Ablehnung doppelt lauter!

Säckingen, 18. Sept. Die Regierung hat das Vergehen des hiesigen Stadtrats, die hiesige Realschule für das kommende Schuljahr zur sechsklassigen Realschule zu erweitern abgelehnt mit dem Hinweis auf die derzeitige ungünstige Finanzlage.

Waldshut, 16. Sept. In seiner heutigen Sitzung hat sich der Bürgerauschuss mit dem vom Gemeinderat mit dem Kraftwerk Bausenburger abgehandelten Vertrag wegen Lieferung von elektrischer Energie zu beschließen. Es führte der Vertrag zu einer langen Aussprache, in welcher auf das projektierte Kraftwerk Waldshut hingewiesen und vor einem allzulangen Vertragsabschluss gewarnt wurde. Der Bürgerauschuss erklärt sich aber mit einigen Vorbehalten prinzipiell mit dem Vertrag einverstanden und gab seine Zustimmung. Durch die Annahme des Vertrags ist natürlich die Errichtung des Kraftwerks Waldshut nicht unmöglich gemacht worden.

Marktberg, 17. Sept. Die hiesigen Bäckermeister haben den Brotpreis um 8 Pf. pro Kilo herabgesetzt.

Konstanz, 18. Sept. Nächsten Samstag und Sonntag findet hier die 4. ordentliche Hauptversammlung des Bad. Landesverbandes zur Hebung des Fremdenverkehrs statt.

